

# STADT HÖRSTEL

## BESCHLUSS

der Sitzung des Rates der Stadt Hörstel  
vom Mittwoch, den 10.02.2021.

### 8. **Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 23.09.2020: "Hörstel soll Sicherer Hafen für Menschen in Not sein"**

Der Tagesordnungspunkt wurde vom Bürgermeister aufgerufen. Zu Beginn erläuterte Herr Ostkamp warum die Verwaltung den von der Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ eingereichten Beschlussvorschlag abgeändert hatte.

Nach Ansicht der Verwaltung sei eine verbindliche Willenserklärung vorgesehen, die nicht unproblematisch zu sehen sei. Die Stadt Hörstel habe derzeit für lediglich 25 Personen freie UnterkunftsKapazitäten zur Verfügung. Diesen freien Kapazitäten stände eine Aufnahmeverpflichtung nach der Ausländerwohnsitzregelungsverordnung von derzeit 195 Flüchtlingen gegenüber. Insofern sei es unbedingt erforderlich, die freien Unterkunftsmöglichkeiten sowohl für Neuzuweisungen als auch für Verlegungen aus sozialen Gründen freizuhalten.

Weiterhin sei es so, dass durch die freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen weitere Kosten, unter Umständen auch hohe Arzt- bzw. Krankenhauskosten, für die Stadt Hörstel entstehen könnten. Ob und ggfls. in welcher Höhe hier ein Anteil vom Bund getragen wird, sei derzeit noch ungeklärt. Weiter wies Herr Ostkamp darauf hin, dass der Punkt 2 der vorliegenden Beschlussvorlage - die zum TOP 6 der Sitzung des Ausschusses für Familie, Generationen und Soziales eingereicht wurde - dem Punkt 3 widersprechen würde, weil die Potsdamer Erklärung einen verbindlichen Verteilungsschlüssel fordert, an den sich dann die Beitrittskommunen zu halten hätten.

Ratsmitglied Hibbe erläuterte, dass der eingebrachte Antrag seiner Fraktion sehr wichtig und keinesfalls als Spaßantrag zu verstehen sei. Ratsmitglied Bosse erklärte, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu TOP 6 vom 14.12.2020 zustimmen könnte. Ratsmitglied Scherer erläuterte, dass er gravierende Probleme mit dem Antrag haben würde. Für ihn wäre nicht klar, welche Auswirkungen sich für die Stadt Hörstel mit der Zustimmung zum Beschlussvorschlag ergeben würden. Anschließend erläuterte Ratsmitglied Graw die Symbolkraft der Potsdamer Erklärung.

Der Bürgermeister schlug abschließend eine veränderte Formulierung des Beschlussantrages der Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ vor, in dem Sinne, dass die Stadt Hörstel sich mit dem Bündnis „Sicherer Hafen“ solidarisiert und eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik entsprechend der Ziele der „Potsdamer Erklärung“ fordert. Diese Ansinnen wurde von der Fraktion "Bündnis 90/

Die Grünen“ nicht aufgenommen, so dass ihr Beschlussantrag zur Abstimmung gestellt wurde.

#### **Beschluss:**

1. Die Stadt Hörstel erklärt sich zum "Sicheren Hafen und tritt dem entsprechenden Bündnis bei.
2. Die Stadt Hörstel erklärt, nicht unbegrenzt geflüchtete und aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen, sondern nur solange, wie bereits vorhandene Kapazitäten zur Verfügung stehen.
3. Die Stadt Hörstel unterzeichnet die Potsdamer Erklärung.
4. Der Rat betont, dass die Stadt Hörstel weiter für eine bestmögliche Integration der geflüchteten Menschen sorgt, indem wie bisher alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, Bildung und Vermittlung in Arbeit auch in Zukunft zur Verfügung gestellt werden.

**Beratungsergebnis:** 8 Stimmen dafür, 18 dagegen, 6 Enthaltungen